Gemeinsame Presseerklärung

Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen

AOK-Bundesverband, Bonn
 Bundesverband der Betriebskrankenkassen, Essen
 IKK-Bundesverband, Bergisch Gladbach
 Bundesknappschaft, Bochum
 See-Krankenkassa, Hamburg
 Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen, Kassel
 Verband der Angestellten-Krankenkassen e. V., Siegburg
 AEV - Arbeiter-Ersatzkassen-Verband e. V., Siegburg

13.09.2002

Die Kostenlawine rollt - 8,2 Prozent Ausgabensteigerung bei Arzneimitteln im Juli 2002

Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen für Arzneimittel sind im Juli 2002 im Vergleich zum Vorjahresmonat in einzelnen Kassenärztlichen Vereinigungen bis zu 15 Prozent, bundesweit um 8,2 Prozent, in die Höhe geschneift. Damit zeigt sich, dass die Vertragsärzte ihr Versprechen an die Politik, nach der Abschaffung der Budgets selbst Ausgabenverantwortung zu übernehmen, nicht einlösen. Dieses Fazit ziehen die Spitzenverbände der Krankenkassen aus dem bisherigen Ausgabenverlauf und jüngsten Verhandlungen über Rahmenvorgaben mit der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) für das Jahr 2003.

Die erst zu Jahresbeginn mit der KBV getroffene Vereinbarung, die Ausgaben im Jahre 2002 bundesweit um 4,7 Prozent zu senken, halten die Ärzte nicht ein. Mit Forderungen nach einer Aufstockung des bisherigen Finanzrahmens um 14 Prozent für das Jahr 2003 ruft die KBV nach „mehr Geld“, statt dem Ausgabenanstieg wirksam entgegen zu treten.

Die Ausgabenentwicklung bei den Arzneimitteln im ersten Halbjahr 2002 von „nur“ plus 3,9 Prozent pro Mitglied ist auf unmittelbare Gesetzesmaßnahmen wie die Anpassung der Arzneimittel-Festbeträge, die Anhebung des Apothekenrabattes und einer Einmal-Zahlung der forschenden Pharmahersteller zurück zu führen. Diese Kostendämpfung wirkt lediglich als einmaliger Sockeleffekt im Jahre 2002. Sofern die Vertragsärzte ihre Verordnungswweise nicht umstellen, ist weiterhin von Zuwachsraten in bis zu zweistelliger Höhe jährlich auszugehen.

Ärzte kürzen mit dem Rezeptblock ihre eigenen Honorare

Das Arzneimittelbudget-Ablösungsgesetz sieht vor, dass bei der Überschreitung der vereinbarten Ausgabengrenzen für Arzneimittelverordnungen die dadurch entstandenen Mehrausgaben bei den Honorarvereinbarungen zwischen Vertragsärzten und Krankenkassen ausgeglichen werden können. Die Spitzenverbände werden deshalb ihrer Landesebene empfehlen, die Überschreitungen aus dem Jahr 2002 mit den anstehenden Honorarverhandlungen zu verbinden. Sie fordern die Kassenärztlichen Vereinigungen auf, unverzüglich den Trend bei der Arzneimittelverordnung umzukehren und für das Jahr 2003 kostendämpfende Arzneimittelvereinbarungen zu treffen.

Die Spitzenverbände der Krankenkassen liefern seit Oktober 2001 jeder Kassenärztlichen Vereinigung monatlich detaillierte Verordnungsanalysen, die Fehlentwicklungen frühzeitig erkennen lassen und auf Wirtschaftlichkeitspotenziale hinweisen. Die Informationen können unter der Internetadresse www.gamsl.de abgerufen werden.

Federführend für die Veröffentlichung:
 Bundesverband der Betriebskrankenkassen
 Ebertstr. 24/Pariser Platz 6a, 10117 Berlin
 Berlin, 12. September 2002
 Ansprechpartner: Florian Lanz
 Telefon (030) 22 312-0